Ostbeauftragte Gleicke begrüßt Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der DDR

Ostbeauftragte Gleicke begrüßt Aufarbeitung der Zwangsarbeit in der DDR

Bei der heutigen Präsentation des Forschungsberichts "Zwangsarbeit in der SBZ/DDR" in Berlin begrüßte die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Iris Gleicke, die Aufarbeitung dieses Kapitels deutscher Geschichte.
"Die systematische Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur ist und bleibt wichtig für den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Sie ist unverzichtbar, wenn wir das Bewusstsein für den Wert der freiheitlichen Demokratie und der Menschenrechte bewahren und schärfen wollen. Die heute vorgestellten Untersuchungsergebnisse sind ein klarer Beleg dafür, dass den politischen Häftlingen in der DDR systematisch Unrecht geschah", so Staatssekretärin Gleicke.
Die Ostbeauftragte begrüßte die Untersuchungsergebnisse als Schritt voran in der zeitgeschichtlichen Forschung. Zugleich betonte sie, dass weitere Untersuchungen notwendig seien. Staatssekretärin Gleicke: "Deshalb habe ich zu Beginn des Jahres die Studie 'Historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im DDR-Strafvollzug' in Auftrag gegeben. Inhaltlich liegt der Schwerpunkt bei der Rolle und Verantwortung des SED-Staates für dabei erlittenes Unrecht. Ergänzend plane ich eine gesonderte Untersuchung zur Arbeit Minderjähriger in Heimen der DDR-Jugendhilfe."
Das Forschungsprojekt der Ostbeauftragten zum DDR-Strafvollzug soll bereits vorliegende Forschungsergebnisse ergänzen und zu einer systematischen Darstellung der Haft-Zwangsarbeit politischer Häftlinge im DDR-Strafvollzug verdichten. Dabei soll auch die Perspektive der Betroffenen repräsentativ einfließen. Wichtige Einzelaspekte der Untersuchung werden u. a. die Rolle der Haft-Zwangsarbeit in der DDR-Volkswirtschaft, die Arbeitsbedingungen, die besondere Behandlung politischer Häftlinge und die Folgen der Zwangsarbeit für die Betroffenen sein, wobei erstmals auch Karteien des für den DDR-Strafvollzug zuständigen Ministerium des Innern (MdI) ausgewertet werden sollen. Die Ergebnisse der Studie werden im kommenden Frühjahr vorliegen.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWI)
Scharnhorststr. 34-37
11019 Berlin
Deutschland
Telefon: 030 18 615-6121
Telefax: 030 18 615-7020
Mail: pressestelle@bmwi.bund.de
URL: http://www.bmwi.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=567612" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWI)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWI)

11019 Berlin

bmwi.de
pressestelle@bmwi.bund.de

Nach der Bundestagswahl im September 2005 wurden die Arbeitsbereiche des bisherigen Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit in zwei neue Ministerien eingegliedert. Das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird von Michael Glos geleitet.Zentrales Anliegen der Politik des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) ist es, das Fundament für wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland mit breiter Teilhabe aller Bürger sowie für ein modernes System der Wirtschaftsbeziehungen zu legen.Zum Geschäftsbereich des BMWi gehören 7 Behörden: BundeskartellamtBundesamt für Wirtschaft und AusfuhrkontrolleBundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und EisenbahnenBundesagentur für Außenwirtschaft Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung Physikalisch-Technische Bundesanstalt Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe